

Quelle Frankfurter Rundschau vom 27. 12. 2008
Seite 2, 3
Ressort Politik
Rubrik S
Autor RBERGIUS |

"Zusatzbeiträge kommen ab der zweiten Jahreshälfte"

Krankenkassen-Vertreterin Doris Pfeiffer über Fehlkalkulationen der Regierung, höhere Klinikausgaben, einseitige Belastungen für Versicherte und eine medizinische Grundversorgung für jedermann

Frau Pfeiffer, wie ist die Gemütslage - wenige Tage, bevor der Gesundheitsfonds startet?

Die gesetzliche Krankenversicherung erlebt am 1. Januar 2009 eine grundlegende Zäsur. 125 Jahre lang hatten die Selbstverwaltungen der einzelnen Krankenkassen die finanzielle Hoheit. Nun übernimmt ab dem kommenden Jahr die Bundesregierung diese Verantwortung. Trotz eines gewaltigen Strukturwandels hat die Selbstverwaltung es geschafft, die Kassen-Finzen auf lange Sicht solide zu gestalten. In Jahrzehnten, als die öffentlichen Haushalte so tief in die Verschuldung gingen, dass deren Abbau nun ein Mehrgenerationenprojekt ist, blieben die Krankenkassen auf Kurs und haben ihre Finanzen stabil gehalten. Dafür haben sie in ihrer Finanzverantwortung die notwendigen Beitragssatzerhöhungen häufig auch gegen heftige Kritik der Politik durchgesetzt. Und obwohl viele Kassen Anfang dieses Jahrzehnts in die Verschuldung rutschten, ist es ihnen mit großem Engagement gelungen, zur Übergabe des Staffelstabes an die Bundesregierung insgesamt schuldenfrei zu sein.

Aber der Arbeitsmarkt wird sicherlich betroffen werden - das wird sich zwangsläufig auf die Fonds-Einnahmen auswirken.

Bereits heute ist absehbar, dass der Gesundheitsfonds vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise mit einer Unterdeckung startet. Der Schätzerkreis, in dem Experten des Gesundheitsministeriums, des Bundesversicherungsamtes und des GKV-Spitzenverbandes sitzen, hat Anfang des Monats bereits die Einnahmeproggnose der Krankenkassen für

2009 um 440 Millionen Euro nach unten korrigiert. Wären auch im kommenden Jahr die einzelnen Kassen noch in der Finanzverantwortung, könnte individuell, kurzfristig und flexibel darauf reagiert werden. Nun ist die Bundesregierung gefordert, diese finanzielle Stabilität und Solidität auch für die Zukunft sicherzustellen.

Sieht der Spitzenverband seine Bedenken bestätigt, wonach die festgesetzte Beitragssatzhöhe von 15,5 zu knapp ist?

Unsere Kritik an der Höhe des von der Bundesregierung festgesetzten Einheitsbeitrages kam daher, dass mehrere absehbare Ausgaben nicht hinreichend berücksichtigt worden sind. Zum Beispiel die Krankenhäuser: Wir hatten mit Mehrausgaben von 4,6 Milliarden Euro gerechnet. Die Regierung hat jedoch nur 3,5 Milliarden veranschlagt und eine entsprechende Gesetzesänderung angekündigt. Herausgekommen ist eine Änderung, die immer noch zu Mehrkosten von mindestens 4,1 Milliarden Euro führt. Unterm Strich fehlen mindestens 600 Millionen Euro, denn die sind beim Beitragssatz von 15,5 Prozent im Gesundheitsfonds nicht gegenfinanziert.

Und was heißt das für die Versicherten?

Die Wahrscheinlichkeit von Zusatzbeiträgen, die ausschließlich die Versicherten zahlen müssen, steigt beträchtlich.

Wie sicher sind Zusagen, dass der Bund bei einer Unterfinanzierung einspringen wird?

Da habe ich keine Zweifel. Es steht eindeutig im Gesetz, dass der Bund dem Gesundheitsfonds ein Darlehen in der notwendigen Höhe geben muss.

...und welche Folgen ergäben sich daraus für die Versicherten?

2009 keine, das wird weitestgehend geräuschlos zwischen dem Finanzministerium und dem Gesundheitsfonds ablaufen. Aber 2010 muss der Fonds das Geld zurückzahlen, er braucht also mehr Mittel. Dann ist es eine politische Entscheidung, ob ein steigender Finanzbedarf durch einen höheren Einheitsbeitrag überwiegend paritätisch finanziert wird oder durch Zusatzbeiträge allein durch die Versicherten. Leistungskürzungen erwarte ich auf jeden Fall nicht.

Wie vielen GKV-Mitgliedern drohen Ende 2009 Ihrer Meinung nach Zusatzbeiträge?

Ich gehe davon aus, dass es ab der zweiten Jahreshälfte 2009 Zusatzbeiträge geben wird. Da es Kassen gibt, die das entstehende Defizit aus Rücklagen statt aus Zusatzbeiträgen ausgleichen können, ist eine Prognose, bei wie vielen Kassen es Zusatzbeiträge geben wird, jetzt kaum möglich.

Was wäre Ihr Wunsch für die GKV im Wahljahr?

Bei allem Streit über den richtigen Weg in der Gesundheitspolitik ist mein Wunsch, dass der gesellschaftliche Konsens, dass jedem eine umfassende medizinische Versorgung zukommen soll, nicht in Frage gestellt wird.

Interview: Michael Bergius